

## **Die Basis im Rat**

### **der Stadt Neustadt am Rübenberge**

Datum: 19.03.2025

**Herrn Bürgermeister Dominic Herbst, Stadt Neustadt a. Rbge.**

**An die Mitglieder des Rates der Stadt Neustadt a. Rbge.**

#### **Antrag:**

Der Rat der Stadt Neustadt am Rübenberge gibt folgenden Antrag zur Prüfung in den JUSIT:

Der Rat der Stadt Neustadt am Rübenberge beschließt die absolute Armut im Stadtgebiet zu verringern. Neustadt wird Maßnahmen treffen, um bis zum Jahr 2035 armutsfrei zu sein.

#### **Begründung:**

Sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrats,

angesichts der jüngsten Erhöhungen der Lebenshaltungskosten durch die Stadt für unsere Bürger – insbesondere im Bereich der Grundsteuer, Parkgebühren und anderer städtischer Abgaben – sehen wir uns als verantwortungsvolle politische Akteure in der Pflicht, eine nachhaltige und langfristige Strategie zur Bekämpfung von Armut in unserer Stadt zu entwickeln. Diese Erhöhungen haben die ohnehin durch verteuerte Energie und hohe Preise für Lebensmittel schon belasteten Haushalte weiter getroffen und erfordern dringende Maßnahmen, um den sozialen Zusammenhalt zu wahren und die Lebensqualität aller Bürger zu sichern.

Die regelmäßigen Aufrufe der „Tafel“, Lebensmittel zu spenden, dokumentieren den erhöhten Bedarf an bezahlbarer Grundversorgung. Die „Tafel“, deren Grundidee es war, Lebensmittelverschwendung entgegenzuwirken, ist mittlerweile zu einem wichtigen Baustein armer Mitbürger geworden, sich zu ernähren.

Auch Obdachlosigkeit gibt es in Neustadt am Rübenberge.

Dies ist ein wahres „Armutzeugnis“ für eine Stadt, die hohe Summen in Bauvorhaben investiert, während Bürger unter Existenzangst leiden.

Bisher wurden anekdotisch Einzelfälle an uns herangetragen. Es wäre ein erster Schritt, das Ausmaß an Armut zu erfassen, um dann geeignete Gegenmaßnahmen zu erarbeiten.

Das Ziel, bis 2035 eine armutsfreie Stadt zu schaffen, ist ein ambitionierter, aber notwendiger Schritt, um nicht nur die sozialen Missstände zu bekämpfen, sondern auch das Fundament für eine gerechtere, solidarische und zukunftsfähige Gesellschaft zu legen und unsere Demokratie zu stärken. Wenn

wir als Stadt langfristig für Gerechtigkeit sorgen wollen, sollten wir ein ganzheitliches Armutsbekämpfungsprogramm initiieren, das alle Lebensbereiche unserer Bürger einbezieht.

Wir sind überzeugt, dass eine armutsfreie Stadt 2035 nicht nur eine moralische Verpflichtung ist, sondern auch die Grundlage für eine starke, zukunftsfähige und faire Gesellschaft darstellt, die ihre Ressourcen besser nutzt und allen ihren Bürgern gleiche Chancen bietet.

Deshalb beantragen wir hiermit, dass die Stadt den ehrgeizigen und wichtigen Schritt unternimmt, das Ziel einer armutsfreien Stadt bis 2035 festzulegen und alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um dieses Ziel zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

**Kay Rudolf**

**Sprecher für die Basis**